

Die wirtschaftspolitischen Ziele der deutschen EU- Ratspräsidentschaft

REDE VON DR. JOACHIM WUERMELING (STAATSSSEKRETÄR) ANLÄSSLICH DINNER-ROUNDTABLE VON KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG UND HANNS-SEIDEL-STIFTUNG

A. Einleitung

I. Begrüßung

Sehr geehrter Herr Weilemann, sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, heute mit Ihnen über die wirtschaftspolitischen Ziele der deutschen EU-Ratspräsidentschaft diskutieren zu können. Besonders danken möchte ich Herrn Weilemann für die herzliche Einladung. Eine Rede vor Brüsseler Publikum kommt mir nach meiner früheren Tätigkeit bei der Kommission beinahe wie ein Heimspiel vor, fühle ich mich doch hier sehr zu Hause. Andererseits trete ich vor Ihnen in neuer Funktion als Vertreter der Bundesregierung auf. Ich hoffe, Ihnen dennoch oder gerade deswegen interessante Einblicke in die Vorbereitungen der Bundesregierung auf die deutsche Ratspräsidentschaft liefern zu können.

Genau 40 Tage sind es noch bis zum Beginn der deutschen Präsidentschaft am 1. Januar 2007. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das werden Sie hier in Brüssel genauso deutlich verspüren wie wir in Berlin.

Was erwartet uns in der deutschen Präsidentschaft? Was erwarten die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission von uns? Welche Erwartungen haben Sie in Brüssel, gewissermaßen am Puls Europas, an die deutsche Präsidentschaft?

Wir übernehmen den Vorsitz 50 Jahre nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Das ist ein Datum, das zum Feiern Anlass gibt. Die Union ist von ursprünglich sechs Gründungsstaaten auf 25 Mitgliedstaaten, bald 27 Mitgliedstaaten angewachsen. Frieden, Wohlstand und Stabilität prägen den europäischen Kontinent auf einem nie gekannten Niveau. Mit dem Binnenmarkt, einer gemeinsamen Währung und einem gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts haben wir einen weltweit einmaligen Integrationsraum geschaffen.

Auf der anderen Seite wird zunehmend häufiger die Frage nach der Sinnhaftigkeit des europäischen Tuns gestellt. Wozu brauchen wir die EU? Ist die EU nicht an die Grenzen ihrer Funktionalität, ihrer Aufnahmebereitschaft gestoßen? Wohin führt der Integrationsprozess? Die gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden haben die Euroskepsis deutlich belegt. Es reicht ganz offensichtlich nicht mehr aus, dass die EU ihre weiteren Integrationsschritte mit dem Rückgriff auf die Erfolgsgeschichte der Vergangenheit begründet. Was Not tut, ist eine Neudefinition Europas. Wir müssen für die Menschen von heute, gerade auch für die jungen Menschen, die die Nachkriegszeit nicht erlebt haben, Europa neu begründen.

Historische Erklärungsmuster sind hierfür hilfreich, aber ganz offensichtlich nicht ausreichend. Frieden und Freiheit – die zentralen Werte aus der Gründungszeit der EWG -

haben heute nicht mehr denselben zentralen Stellenwert wie damals.

Was also fehlt, ist der Blick ins 21. Jahrhundert. Wir müssen Europa im Licht der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts neu begründen. Europa ist nur dann zukunftsfähig, wenn es glaubwürdige Antworten auf die Fragen der Zukunft liefern kann. Dann wird es auch gelingen, verlorenes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Europa wieder zu gewinnen. Die deutsche Ratspräsidentschaft bietet eine gute Gelegenheit, hierzu einen Beitrag zu liefern.

II. Gliederung der Rede

Ich möchte mit einer Einführung zum Stand der Vorbereitungen auf die deutsche Ratspräsidentschaft beginnen, dann einige inhaltliche Schwerpunkte präsentieren und abschließen mit einem strategischen Ausblick auf die Zukunft Europas.

B. Hauptteil

I. Stand der Vorbereitungen

1. Rahmenbedingungen

An die deutsche Präsidentschaft werden hohe Erwartungen geknüpft. Die Brüsseler Institutionen wie auch die anderen Mitgliedstaaten tragen an uns den Wunsch heran, in 2007 die politische Führung zu übernehmen.

Wie Sie vielleicht vernommen haben, hat Kommissionspräsident Barroso vor einigen Wochen an der Sitzung des Kabinetts teilgenommen –ein Novum, das die enge Verzahnung zwischen der Bundesregierung und der Kommission bei der Vorbereitung der Präsidentschaft zeigt [darauf werde ich später noch eingehen]. Die dort geäußerte Ansicht von Kommissionspräsident Barroso, wonach „es nicht fair wäre, alle Last auf den Schultern Deutschlands abzuladen“, verringert den Erwartungsdruck auf unsere Präsidentschaft nur bedingt.

Zugleich ehrt uns das entgegengebrachte Vertrauen als eines der Gründungsmitglieder der Europäischen Union, der früheren

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zumal 60 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs.

Mit einem besonderen Vertrauensvorschuss werden wir in das Rennen um die Lösung der ungeklärten Verfassungsfrage geschickt. An Vorschlägen aus der Krise – wie beispielsweise der Verabschiedung eines „Mini-Vertrages“ oder einer gestrafften Verfassung ohne den Namen Verfassung – mangelt es nicht.

Ich bin davon überzeugt, dass wir ohne den Verfassungsvertrag nicht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewappnet sein werden.

Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen Tragik, dass die Verfassung bei den Referenden gerade wegen der Probleme abgelehnt wurde, zu deren Lösung sie maßgeblich beiträgt. Die EU der 27 wird auf Dauer ohne die im Verfassungsvertrag verankerten institutionellen Reformen nicht handlungsfähig sein. Das Ziel der weiteren Diskussionen, die jetzt auf uns zukommen, muss daher sein, den Verfassungsvertrag in seiner Substanz zu erhalten.

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, dass wir am Ende unserer Präsidentschaft einen klaren Fahrplan für die weiteren Schritte vorlegen können.

2. Rolle der Präsidentschaft

Was ist die Rolle einer Präsidentschaft?

Das muss ich Ihnen hier in Brüssel wahrscheinlich gar nicht so genau erläutern. Auf der anderen Seite dürfte es für Sie vielleicht interessant sein, wie das Selbstverständnis unserer Präsidentschaft aussieht.

Wie Sie wissen, gibt es vielfältige Faktoren, die auf die Präsidentschaft Einfluss nehmen. Vorarbeiten etwa der Kommission oder die Vorarbeiten der vorangehenden Präsidentschaften bestimmen einen Teil des Entscheidungsradius. Zudem ist die Präsidentschaft zunächst zur Neutralität verpflichtet. Dennoch verbleiben ganz klare Spielräume für eigene Akzentsetzungen, die wir in un-

serer Präsidentschaft bewusst nutzen wollen.

Wichtig ist in den vorbereitenden Arbeiten die Abstimmung mit der vorangehenden finnischen Präsidentschaft. Hier finden bereits vielfältige Kontakte auf allen Ebenen statt, die die Zusammenarbeit sehr erleichtern.

Erwähnen möchte ich die Zusammenarbeit mit den nachfolgenden Präsidentschaften Portugal und Slowenien. Im Rahmen eines 18-Monate-Programms versuchen wir für größere Vorhaben gemeinsame Vorstellungen und Lösungsansätze zu entwickeln, was ich für einen sehr gelungenen Ansatz halte. Hier greifen wir der Idee des Verfassungsvertrags zur Troika-Präsidentschaft schon vor.

Einen wichtigen Impuls erwarte ich mir auch von der Verbindung der deutschen Ratspräsidentschaft mit der G 8-Präsidentschaft im kommenden Jahr. Themen, die beide Präsidentschaften beschäftigen, können einen besonderen inhaltlichen wie operativen Anschlag bekommen. Fragen wie beispielsweise der Schutz des geistigen Eigentums – Stichwort Produktpiraterie -, die Auseinandersetzung mit globalen Ungleichgewichten oder sehr konkret die Frage nach der Sicherung der Energieversorgung und Energieeffizienz werden beide Präsidentschaften beschäftigen.

Hier wie dort wird es darauf ankommen, dass sich die Agenden der beiden Präsidentschaften ergänzen und nicht behindern.

3. Rolle des BMWi

Die Bundesregierung wird den Gestaltungsauftrag für die deutsche Präsidentschaft aktiv aufgreifen. Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt gehört das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie als EU Koordinierungsressort zur Kernformation innerhalb der Bundesregierung, die die Vorbereitung und konzeptionelle Planung der Präsidentschaft betreibt und maßgeblich an der Durchführung beteiligt ist sein wird.

Das BMWi übernimmt dabei zentrale Funktionen. Zu den Querschnittsaufgaben gehören die Koordinierung innerhalb der Bundesregierung (geteilt mit dem Auswärtigen Amt), die Betreuung des Lissabon-Prozesses, Fragen der Wettbewerbsfähigkeit, Rechtsfragen und Bessere Rechtsetzung.

Fachlich sind wir für die vier Ministerräte Wettbewerbsfähigkeit, Energie, Telekommunikation und Handelspolitik zuständig.

Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt haben wir eine Vortragsreihe „EU-Countdown: In 100 Tagen zur EU-Ratspräsidentschaft“ ins Leben gerufen. Darin diskutieren wir mit den politischen und gesellschaftlichen Akteuren am Vorabend der deutschen Ratspräsidentschaft die aktuellen europapolitischen Themen. Wir wollen die Präsidentschaft damit auf eine breite politische wie gesellschaftliche Basis stellen.

4. Verzahnung mit Brüssel und den anderen Mitgliedstaaten

Zu der Vorbereitung auf eine Präsidentschaft gehört natürlich auch – eine Binsenweisheit vor diesem Auditorium - dass wir bereits jetzt wichtige Themen proaktiv in die Brüsseler Institutionen einspeisen. Häufig wird Deutschland nachgesagt, dass es seine Interessen in Brüssel nicht rechtzeitig und gut genug vertrete. Für das große Thema „Präsidentschaft“ haben wir hierzu bereits erfolgreich einige „unserer“ Anliegen platzieren können, worauf ich später noch kurz eingehen werde [Bsp. Papier zur „Externen Dimension der Wettbewerbsfähigkeit“].

Gleichermaßen werden wir frühzeitig die Beziehungen zu den anderen EU-Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht pflegen. Bundesminister Glos ist bereits seit einiger Zeit aktiv und erörtert mit seinen europäischen Kollegen in bilateralen Gesprächen die Anliegen der deutschen Präsidentschaft.

5. Beteiligung der Zivilgesellschaft

Der Erfolg einer Präsidentschaft wird –so die Erfahrungen der Briten aus ihrer Präsidentschaft – zu 70% bis 80% von externen Fak-

toren bestimmt. Das bedeutet, dass wir die übrigen 20% erfolgreich gestalten müssen.

Dafür brauchen wir die Rückendeckung in der nationalen Regierung. Wir brauchen aber auch und vor allem die Rückendeckung in der Bevölkerung. Dafür werden wir werben. Wir haben deshalb die Absicht, die Zivilgesellschaft stärker als bislang üblich in die deutsche Präsidentschaft einzubinden. [6.12. – Konsultationsevent unter Teilnahme von BK'in Merkel, BM Glos und BM Steinmeier, Information durch BK'in Merkel]

II. Inhaltliche Schwerpunkte

1. Spannungsbogen der Präsidentschaft

Wie wird der Inhalt des Präsidentschaftsprogramms aussehen? Wo können wir, wo wollen wir, wo müssen wir Akzente setzen?

Die Bundeskanzlerin wird in einer Regierungserklärung am 14. Dezember die Inhalte des Programms im Bundestag vorstellen. Ohne dieser Erklärung vorweg zu greifen – was im Übrigen auch der Respekt gegenüber der laufenden finnischen Präsidentschaft gebietet –, lässt sich bereits jetzt sagen, dass sich die von der deutschen Präsidentschaft zu behandelnden Themenkreise entlang von zwei Ebenen bestimmen lassen.

Auf der „Meta-Ebene“ stehen die beiden großen Themenkomplexe „Verfassung“ und „Erweiterung“. Auf der Fachebene stehen die Wirtschaftsthemen wie Wettbewerbsfähigkeit, Binnenmarkt, Industrie-, Energie- und Handelspolitik.

Zum dramatischen Höhepunkt wird sicherlich die „Berliner Erklärung“ zählen, die am 25. März 2007 – genau 50 Jahre nach Gründung der EWG – von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet werden soll. Wir wollen in dieser politischen Erklärung die Werte der EU bekräftigen und die Perspektive für die Europäische Union der Zukunft aufzeigen.

2. Wirtschaftsthemen

Wirtschaftsthemen werden im Präsidentschaftsprogramm weit oben auf der Agenda stehen. Europa kann Wachstum und Beschäftigung auf Dauer nur sichern kann, wenn es – auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung – seine wirtschaftliche Dynamik wiedergewinnt. Die Kommission hat ihre Wachstumsprognose für den Euroraum gerade nach oben revidiert. Für 2006 erwartet sie jetzt ein Wachstum von 2,6 % und für Deutschland von 2,4 %. Das ist erfreulich. Das heißt, dass auch Deutschland sich wieder auf Wachstumskurs befindet. Wenn die notwendigen Reformen für Wachstum und Beschäftigung konsequent fortgeführt werden, wird Deutschland wieder wirtschaftlicher Motor Europas sein. Das bedeutet aber auch, dass wir eine besondere Verantwortung für die Gestaltung der europapolitischen Rahmenbedingungen während unserer Präsidentschaft haben. Was werden wir tun? Drei zentrale Themen möchte ich hier ansprechen.

a) Binnenmarkt

Die weitere Stärkung des Binnenmarkts wird ein Schwerpunkt der deutschen Präsidentschaft sein. Der Binnenmarkt ist das Herzstück der Gemeinschaft und trägt ganz entscheidend zum Wohlstand der EU-Mitgliedstaaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Doch werden wir während unserer Präsidentschaft weniger die „Unvollendete“ auf die Vollendung des Binnenmarkts anstimmen.

Wichtig ist mir, dass wir den Binnenmarkt aus der externen Perspektive betrachten. Ist der Binnenmarkt noch in der Form, um vor den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs bestehen zu können? Ist er nicht etwas in die Jahre gekommen und braucht frischen Glanz und Wind?

Ein offener Binnenmarkt ist ein Trumpf Europas in der Globalisierung. Hierzu begrüße ich ganz ausdrücklich die Absicht der Kommission, den Binnenmarkt im Rahmen ihrer neuen Binnenmarktstrategie strategischer auszurichten. Möglichst ungehinderter Handel ist für die EU eine zentrale Vorausset-

zung für dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum, steigende Wettbewerbsfähigkeit und höhere Beschäftigung.

b) Energiepolitik

Zweitens wird die Energiepolitik eines der zentralen Themen der deutschen Präsidentschaft bilden.

Im energiepolitischen Bereich stehen wir vor großen Herausforderungen: Endlichkeit fossiler Energieträger, weltweit wachsende Energienachfrage, anhaltend hohe Preise für Öl und Gas, wachsende Instabilitäten in bestimmten Regionen der Welt und die Auswirkungen des Klimawandels.

Zugleich ist eine sichere, umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung Grundvoraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung Europas. Die Bundesregierung plant daher, dass der Frühjahrsgipfel im März 2007 hierzu einen nach Prioritäten gestaffelten Energie-Aktionsplan entwickelt.

Zur Vorbereitung wird der Energieminister rat am 15. Februar 2007 auf einer Sonder-sitzung die Gesamtstrategie diskutieren

Der Aktionsplan soll die Weichen dafür stellen dass, · die Liberalisierung der Energiemärkte in allen EU-Mitgliedstaaten vorangebracht wird,

· die Energieeffizienzpotenziale in der EU noch besser ausgeschöpft werden können, und

· die EU durch einheitliches Auftreten in der Energieaußenwirtschaftspolitik zukünftig ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht voll zu Geltung bringen kann.

Lassen Sie mich zwei Bereiche kurz adressieren, ohne auf alle Details einzugehen.

Zum Binnenmarkt ist zu sagen, dass wir den Umsetzungsbericht der Europäischen Kommission zum 2. Binnenmarktpaket und die Ergebnisse der Sektorenüberprüfung abwarten sollten, bevor Schlüsse gezogen werden.

Die Kommission wird beide Berichte im Januar 2007 vorlegen. Aus deutscher Sicht ist klar: wichtig ist die konsequente Umsetzung des bestehenden Regelungsrahmens, wenn wir schnelle und sichtbare Erfolge für den Binnenmarkt und die Stromverbraucher erzielen wollen.

Ein zweiter Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sind die Energieaußenbeziehungen. Wir werden dabei die deutsche Präsidentschaft gezielt zum Dialog und zur Kooperation der EU mit den wichtigen Förder-, Transit- und Verbraucherländern nutzen. Die EU muss dort mit einer Stimme sprechen, wo die Mitgliedstaaten gemeinsame Interessen haben Wichtig sind beispielsweise die Ausdehnung der Energiegemeinschaft Südosteuropa und die Verankerung der Energiezusammenarbeit der EU und Russlands im Rahmen eines neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens.

c) Handelspolitik

Wachstum, Beschäftigung und der Lebensstandard in Europa hängen auch von der Fähigkeit europäischer Unternehmen ab, auf den globalen Märkten bestehen zu können. Einen wichtigen Bereich der deutschen Präsidentschaft wird daher das Thema der externen Dimension der Wettbewerbsfähigkeit bilden. Hier hat die Bundesregierung bereits sehr früh mit einem eigenen Papier ihre Position verdeutlicht und die weiteren Diskussionen beeinflusst. Ein positives Beispiel der Verzahnung mit Brüssel!

Am 4. Oktober hat die Kommission ihre Mitteilung „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalisierten Welt“ verabschiedet. Wir begrüßen diese Mitteilung als richtigen Schritt zur richtigen Zeit. Ziel muss es sein, Handelsschranken weiter abzubauen und die internationalen Handelsregeln für einen fairen globalen Wettbewerb zu stärken.

Das geschieht idealerweise in einem starken multilateralen Handelssystem. Die Bundesregierung misst daher dem erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde weiterhin große Bedeutung bei.

Bilaterale oder regionale Handelsvereinbarungen können aber eine sinnvolle Ergänzung darstellen, um die Gleichbehandlung europäischer Exporteure mit Konkurrenten aus Drittländern sicherzustellen, die bereits Freihandelsabkommen geschlossen haben oder planen. Schließlich wird auch der Schutz des geistigen Eigentums im Fokus der Ratspräsidentschaft liegen. Hier ergeben sich im Übrigen Verzahnungen mit dem deutschen G 8-Vorsitz.

III. Strategischer Ausblick

1. Befund

Nun werden Sie fragen, ob der Katalog des deutschen Präsidentschaftsprogramms ausreicht, tatsächlich wieder das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europa zu gewinnen? Wohl kaum.

Nach den letzten Zahlen des Eurobarometers fehlt über 60 % der Bürger Europas das Vertrauen in Europa. Für die deutsche Präsidentschaft muss daher eine zentrale Frage sein, wie wir Europa attraktiv für die Bürger machen, um verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen.

Nicht ausreicht, jeden einzelnen Vorbehalt gegenüber dem europäischen Integrationsprojekt zu widerlegen. Entscheidend ist vielmehr, die EU in ein anderes Licht zu rücken, sie aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, kurz: einen Perspektivwechsel zu vollziehen. Lassen Sie mich das kurz erläutern.

2. Europa in der globalen Ordnung

Die Zukunft Europas wird zunehmend von Entwicklungen außerhalb des alten Kontinents entschieden. Nach dem Ende des Kalten Krieges, mit dem Aufkommen neuer wirtschaftlicher und politischer Mächte in Asien und Südamerika und der Globalisierung von Ökonomie und Sicherheit sieht sich Europa den Herausforderungen einer neuen globalen Ordnung gegenüber gestellt. Es droht die Gefahr einer schleichenden Marginalisierung Europas.

Das weltweite Zusammenwachsen betrifft dabei nicht nur die wirtschaftlichen Verflechtungen. Das Wohlergehen in Europa hängt von den Geschehnissen irgendwo in der Welt in fast allen Lebensbereichen ab. Gesundheit, Lebensmittelsicherheit, Umwelt, Energie, Soziale Sicherheit, Immigration und Integration, Innere Sicherheit und vieles mehr werden maßgeblich von Ereignissen außerhalb unseres Kontinents bestimmt.

Das hohe Tempo der globalen Veränderungen ruft in vielen Menschen Ängste hervor. Sie sehen die Globalisierung als bedrohenden Faktor für die Sicherung von Wohlstand, Sicherheit und Freiheit, mithin ihrer zentralen Werte. Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie selbst, aber auch die Politik ohnmächtig sind in dem Ansinnen, die globalen Geschehnisse steuern zu können.

3. Gestaltungsauftrag an die EU

Versteht sich die Europäische Union aber als mehr als nur eine reine Wirtschaftsgemeinschaft, ist sie – was ich ausdrücklich unterstreiche – eine Wertegemeinschaft, so ist sie aufgerufen, ihre Werte wieder stärker in den Blick zu nehmen. Zu diesen Werten zähle ich die Sicherung von Wohlstand, Sicherheit und Freiheit, aber auch die Identifizierung mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell.

Die EU hält alle Trümpfe in der Hand, die globalen Ereignisse mitzugestalten. Sie verfügt über politische Netzwerke und strategische Partnerschaften, die den Grundstein für einen wirkungsvollen Multilateralismus bilden. Sie umfasst den europäischen Binnenmarkt mit über 450 Mio. Menschen. Der Euro und die Wirtschafts- und Währungsunion bieten ein Sicherheitsnetz der Stabilität gegen die Schwankungen im internationalen Währungssystem und garantieren niedrige Inflation. Als größter Handelsblock der Welt hat die EU von der Liberalisierung profitiert. Sie ist entscheidender Akteur bei der Schaffung einer besseren Welthandelsordnung. Europa ist der wichtigste Befürworter multilateraler Lösungen für Umweltfragen und andere Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BRÜSSEL

JOACHIM WUERMELING

November 2006

www.kas.de/brüssel

www.kas.de

Europas Stärke drückt sich auch darin, aus, dass es der bedeutendste Hilfegeber weltweit mit Einfluss auf die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten ist. Mit anderen Worten: Die EU ist ein „global player“, ein globaler Akteur ersten Ranges. Europa hat das Potenzial, den Menschen das Gefühl geben, dass die Globalisierung in ihrem Interesse steuerbar ist. Der Mitgliedstaat allein ist dazu kaum in der Lage, die EU der 25, demnächst 27, sehr wohl.

4. Konkretes Beispiel

Lassen sie mich diese Überlegung an einem Beispiel veranschaulichen. Die Sicherung der Energieversorgung ist ein zentrales Anliegen der deutschen Präsidentschaft. Wir wollen den Bürgern die Sicherheit geben, nicht im nächsten Winter mangels Gas- oder Öllieferungen ohne Heizung dazustehen.

Die erforderlichen Schritte können nachhaltiger auf der Ebene der EU verfolgt werden, um die Lieferstaaten an ihre internationalen Verpflichtungen zu erinnern. Die Stimme der EU hat mehr Gewicht als die Stimme eines einzelnen Mitgliedstaates. Dies wurde zuletzt beim informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs in Lahti in der gemeinsamen Haltung gegenüber dem russischen Präsidenten Putin deutlich. Die EU kann hier – wie aber auch in vielen anderen Bereich auch - durch ein geschlossenes Auftreten sehr viel erreichen. Vertritt die EU ihre Mitgliedstaaten stark nach außen, können wir auf Dauer mehr Sicherheit für die europäischen Bürgerinnen und Bürger nach innen erreichen.

C. Schluss

Die deutsche Präsidentschaft wird für uns eine Herausforderung sein. Wir sehen sie aber auch und vor allem als Chance, Deutschland als dynamisch vorausschauende Kraft im erweiterten Europa zu profilieren.

Unsere Zukunft, unsere Freiheit, unsere Sicherheit und unser Wohlstand werden entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, die Europäische Union 50 Jahre nach Unter-

zeichnung der Römischen Verträge den veränderten Bedingungen auf unserem Kontinent und in der Welt anzupassen.

Dabei müssen wir die unterschiedlichen Sorgen und Ängste der Menschen im Hinblick auf Europa ernst nehmen

Mit der Entwicklung einer glaubwürdigen Antwort auf die globalen Herausforderungen kann Europa eine neue Legitimation, eine neue Begründung erfahren. Europa kann den Menschen das Vertrauen geben, dass die Globalisierung in ihrem Interesse steuerbar ist, dass sie sich im Hause Europas wohl und geborgen fühlen.

Wenn die deutsche Präsidentschaft hierzu einen Beitrag leisten kann, wäre das ein großer Erfolg. Auf Ihre Unterstützung in Brüssel zähle ich dabei besonders!